

Das Plastik ist überall

Jede Woche atmen wir Mini-Plastikteilchen in der Menge einer Kreditkarte ein. Die EU verbietet ab Mitte Oktober zugesetztes Mikroplastik, etwa in der Kosmetik oder in Waschmitteln. Der größte Teil des kleinen Plastiks kommt aber aus einer ganz anderen Quelle.

Die kleinen Kunststoffteilchen sind überall, in der Luft, im Boden, im Wasser. Wir atmen sie ein, wir essen sie, sie schwimmen im Meer und in unseren Flüssen.

Was das sogenannte Mikroplastik mit unserem Körper macht, ist noch nicht vollständig erforscht. Zumal es aus vielen verschiedenen Stoffen besteht. Die meisten Teilchen scheiden wir wieder aus. Sie könnten laut Studien aber auch chronische Entzündungen hervorrufen oder in Immunzellen vordringen.

Als Mikroplastik gelten Kunststoffpartikel mit weniger als fünf Millimeter Durchmesser. Besonders kleine Teilchen, die gar nicht mehr mit dem freien Auge sichtbar sind, werden als Nanoplastik bezeichnet.

Im vergangenen Jahr haben Forscher zum ersten Mal Mikroplastik tief in den menschlichen Atemwegen

gefunden. Pro Woche atmen wir so viele Stückchen davon ein, dass es etwa der Plastik-Menge einer Kreditkarte entspricht, rund fünf Gramm.

Ungefähr so viel Plastik essen wir auch Woche für Woche. Kleinste Teil-

chen wurden schon in Obst und Gemüse, Bier, Salz, Honig oder Fischen gefunden. Je mehr Bestandteile unserer Nahrung verpackt sind, desto mehr davon nehmen wir zu uns. Wer Wasser und andere Getränke aus Plastikflaschen konsumiert, hat mehr Chance auf „Kunststoff-Zufuhr“.

Mikroplastik findet sich aber auch im Meer und in Flüssen zuhauf. In der Donau etwa schwimmen inzwischen mehr Kunststoffteilchen als Fischlarven. Umweltschützer warnen, dass sie „wie ein Magnet auf Umweltgifte“ wirken. Sie reichern sich an der Kunststoffoberfläche an und werden von den Meerestieren aufgenommen.

Selbst in die Arktis gelangt Mikroplastik. Dort könnten dunkle Stückchen im Eis dazu führen, dass mehr Sonnenlicht „aufgesaugt“ wird und es schneller schmilzt.

Am meisten Müll in den USA

Plastikabfall
in Kilo pro Person

im Jahr 2019 Prognose 2060

USA 221 350

EU* 122 239

China 47 143

Indien 14 79

*Außer Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien, Zypern

In der EU wird deshalb jetzt „bewusst zugesetztes Mikroplastik“ verboten. Das gilt zum Beispiel für Mikroperlen in Haut-Peelings, aber auch für Plastikteilchen in Waschmitteln oder Dünger. Der größte Brocken ist das Granulatmaterial, das auf künstlichen Sportflächen verwendet wird.

Bis zu zwölf Jahre Schonfrist für Mikroplastik-Zusätze

Gelten soll das Verkaufsverbot etwa für losen Glitter ab Mitte Oktober. Bei anderen Produkten gibt es eine Schonfrist von bis zu zwölf Jahren. „Produkte, die an Industriestandorten verwendet werden“, sind überhaupt ausgenommen.

Das Verbot sei lange von Österreich gefordert worden, heißt es aus dem Umweltministerium von Leonore Gewessler. Das soll aber nicht das Ende sein. „Es sollte weiter entschlossen vorgegangen werden.“

Der größte Anteil an Mikroplastik stammt aber aus einer ganz anderen Quelle. Für rund die Hälfte ist der Reifenabrieb auf unseren Straßen verantwortlich.

Er wird vom Fahrstil, dem Gewicht des Fahrzeuges, von der Breite der Reifen und dem Zustand der Straßen beeinflusst. Ob ein Auto mit Benzin oder Strom fährt, ist unerheblich.

Je schlechter die Straßen, desto mehr Reifenabrieb

Zur Senkung des Reifenabriebes empfehlen Umwelt-Experten vorausschauendes Fahren ohne abrupte Bremsungen und rasches Beschleunigen. Aber auch die Industrie kann das Ihrige dazu tun, indem sie etwa die Zusatzstoffe bei der Reifenerzeugung verändert.

Forscher haben zudem herausgefunden, dass ein verbessertes Zusammenspiel von Radaufhängung und Rad großen Einfluss auf den Reifenabrieb hat.

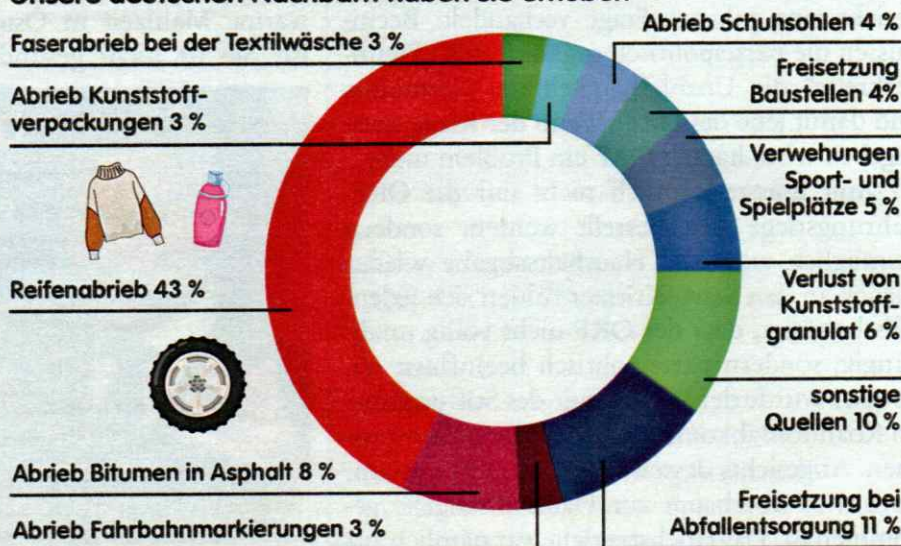
Aber auch Plastikverpackungen oder Flaschen, die achtlos in der Natur entsorgt werden, haben ihren Anteil an der Mikroplastik-Verschmutzung. Sie werden über Jahre hinweg in Flüssen oder im Meer zu den kleinen Teilchen zerrieben.

Das Pfandsystem für Einwegflaschen und -dosen, das ab 2025 bei uns gilt, soll zumindest teilweise Abhilfe schaffen. Die Pfandhöhe wird einheitlich 25 Cent betragen. Deutlich mehr als die neun Cent, die derzeit

Forschungseinrichtungen ebenso wie Unternehmen und Gemeinden teilnehmen. „Trotz der aufwändigen Technologien, die heute in professionellen Kompost- und Biogasanlagen eingesetzt werden, können die Kunst-

Die Quellen der Plastikverschmutzung

Die Ursprünge der Mikroplastik-Staubpartikel in Prozent
Unsere deutschen Nachbarn haben sie erhoben



Quelle: Fraunhofer Institut 2018

etwa für viele Glas-Bierflaschen fällig sind. Das Einweg-Pfand sei „hoch genug, um einen Anreiz zu schaffen, aber nicht zu hoch“, erklärte Umweltministerin Gewessler einmal.

Für die Rückgabe muss die Flasche oder Dose unzerdrückt „und das Etikett vollständig auf der Verpackung vorhanden und lesbar“ sein, heißt es bei der zuständigen Gesellschaft.



„Verdorbene, aber noch verpackte Waren werden in der Biotonne entsorgt.“

Daniel Steinitz,
Bündnis
mikroplastikfrei

Der Kompost- und Biogas Verband hat im Vorjahr das „Bündnis mikroplastikfrei“ initiiert. Denn Plastik findet sich auch im Bioabfall. „Verdorbene, aber noch verpackte Waren, die in der Biotonne entsorgt werden, sind das Kernstück der Problematik“, erklärt Daniel Steinitz, der Geschäftsführer des Bündnisses, an dem

stoffreste nicht vollständig entfernt werden.“ Deshalb werden alternative, biologisch abbaubare Materialien für die Verpackungen gefordert.

Die sind auch auf den Feldern meist Mangelware. Dort werden oft noch Folien, Netze, Schnüre oder Klammern aus herkömmlichem Kunststoff eingesetzt. „Diese Materialien sind der Verwitterung ausgesetzt, durch die UV-Strahlung zerfallen sie mit der Zeit und so gelangen Kunststoffreste direkt in die Böden“, sagt Daniel Steinitz. Das Plastik in der Erde kann nicht völlig entfernt werden.

Umweltministerin Gewessler will dem Mikroplastik in der Landwirtschaft schon länger den Gar aus machen. Im Vorjahr wurde angekündigt, dass ab 2023 nur noch Wuchshüllen die Bäume etwa vor Wildverbiss schützen sollen, aus biologisch abbaubaren Kunststoffen, oder plastikfreie Alternativlösungen zur Anwendung kommen sollen.

Eine Regulierung gibt es allerdings noch nicht. Auch wenn manche Betriebe freiwillig Alternativen einsetzen.